



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 20. August 1885.

Nr. 385.

Deutschland.

Berlin, 19. August. Nachdem der Empfang einer Klageschrift wegen Erstattung angeblich bezogener Partei-Ditäten an den Fiskus von dem früher fortschrittlichen Abg. Lärche konstatiert worden, wird jetzt weiter gemeldet, daß die Klage den sozialdemokratischen Abg. Heine und Hasenclever zugestellt ist. Die "Volks-Zeitung" berichtet darüber:

"Die Klageschrift für Herrn Hasenclever enthält keinerlei Beweisgründe; der Beweis soll nur im Falle des Bestreitens angetreten und die Höhe des Betrages später in separato festgestellt werden. Dahingegen hat der Abg. Heine ein voluminoses Altenstück erhalten, das nach mehr als einer Richtung hin interessant sein dürfte. Nachdem nämlich die Klageschrift sich auf einigen Seiten mit dem "fortschrittlichen Ditätenfonds" beschäftigt hat, meint sie, daß die sozialdemokratische Partei einen ähnlichen bestehe. Zum Beweise führt sie Stellen aus dem Protokoll des Gothaer Sozialisten-Kongresses (1876) an, aus welchem man die Anträge in Bezug auf die Ditätenfrage von längst verstorbenen und theilweise verschollenen Sozialdemokraten ersehen kann. Nach langerem eingehenden Studium hat schließlich der Vertreter des Fiskus herausbekommen, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von Rückstift auf ihre Parteistellung (?) neuerdings nur noch vier Mark Ditäten bezogen zu haben scheinen. Auf die Person Heine's übergehend, heißt es dann, daß er "in seiner Eigenschaft als in Berlin anwesendes Reichstagsmitglied während der Session von 1884-85 täglich 4, mindestens aber 3 Mark Ditäten aus dem Partefonds gezaubert habe". Beweis: Bezeugnisse seiner Parteigenossen Bebel, Liebknecht, Rittinghausen, Spindler, Singer, Frischke und Hasselmann, eventuell Eidesabschöpfung. Zudem wird Herr Hasselmann sich beeilen, unverzüglich Folge zu leisten und aus Amerika das alte Heimatland besuchen. Von dem Abgeordneten Heine verlangt nun der Fiskus die Summe von 411 Mark. — Für den Abgeordneten Hasenclever ist der Verhandlungszeitpunkt am Landgericht zu Halle auf den 21. Oktober, für den Abgeordneten Heine am Landgericht zu Halberstadt auf den 1. Dezember festgesetzt worden."

Es ist eine seltsame Stellung, bemerkte die "Nat.-Ztg." hierzu, welche den Gerichten bei dem Vorgehen des preußischen Fiskus zugemutet wird: Sie sollen nicht einen dem Kläger bekannten Schuldner zur Zahlung veranlassen, sondern sie sollen erst auf einem Umweg ermitteln, gegen welche Personen der Schuldner eine Forderung überhaupt anbringen kann, welche Personen Partei-Ditäten empfangen haben. Das scheint uns durchaus nicht die Aufgabe des Richters im Zivilprozeß zu sein; wenn er genötigt wird, sie zu übernehmen, so giebt die Regierung damit ein sehr übles Beispiel, welches Quarantänen zur Nachahmung reizend dürfte.

Bei dem zu Ehren des Telegraphenkongresses, wie erwähnt, in dem Restaurant des zoologischen Gartens stattgehaltenen Diner feierte Mr. Bender in einer längeren Ansprache den Staatssekretär Dr. v. Stephan. Letzterer erhob sich unmittelbar darauf zur Beantwortung dieses Toastes. Er bat in französischer Sprache die Herzen, die hier so großes Wohlwollen für seine Person an den Tag legten, doch ein wenig davon auf seine Vorschläge im Kongress übertragen zu wollen.

Er ergreifte die Gelegenheit, um in nachdrücklichster Form zu beteuern, daß das deutsche Kaiserreich der Friede und es die ganze Sorge des Kaisers und seines großen Kanzlers sei, Europa den Frieden zu bewahren. Er gedachte der Männer, welche dazu beigetragen haben, die Telegraphie zum Wunder der Welt zu machen, und trank auf das Gedächtnis unter diesen großen Geistern der bereits von der Erde geschiedenen und auf die Gesundheit der noch Lebenden.

Die "Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Wir sind der durch mehrere Zeitungen gegangenen und zuletzt auch noch in der "Kreuz-Zeitung" Nr. 190 aufgenommenen Nachricht über die demnächst bevorstehende Ernennung des Generalleutnants von Albedyll zum Minister des königlichen Hauses gegenüber ermächtigt, zu erklären, daß diese Nachricht der Begründung durchaus entbehrt.

— Seit einigen Tagen hat Berlin den Vorsprung, einen der bekanntesten russischen Schriftsteller, den Weltreisenden der "Nowoje Wremja", Herrn Wolschenow, bei sich zu beherbergen. Herr Wolschenow hat es als eine seiner ersten Aufgaben betrachtet, den Ausweisungen russischer Unterthanen aus den östlichen Provinzen Preußens näher zu treten. Aus dem Berichte, den er von hier an sein Blatt unter dem 10. August laufenen Jahres rückte, heben wir das Folgende hervor. Herr Wolschenow erzählte:

Noch auf der Eisenbahnsfahrt nach Berlin machte ich meinen kleinen strategischen Korrespondentenplan, und ich habe ihn auch glücklich durchgeführt.

Ich kam spät an und machte mich alsbald noch auf den Weg zu einem mit von langher bekannten russischen Polen, einem reichen Mann, Philanthropen und Patrioten, der an die Auferstehung Polens glaubt und kräftig an der Wiederbelebung der polnischen Volksseele in jenen Provinzen arbeitet.

Man weiß Sie aus? fragt ich. — Ja, sie wollen mich verbannen, sagte er mit Bewegung. — Und warum sind Sie noch nicht verbannt? — Erst soll das ganze Geständnis ausgetrieben werden, sie wagen es noch nicht, fürchten die Pässe, die Verwicklungen. O, diese spitzbübischen Deutschen!

Von meinem polnischen Bekannten begab ich mich zum Ministerium des Innern. Der Minister v. Puttkamer ist auf Urlaub, seine Funktionen versteht der Direktor Herr v. Bistrov. Dort wiesen sie mich an einen ehrenhaften altgedienten Rath im Ministerium. Derselbe erzählte mir: „Man hat uns immer aufs Neue vorgeschrrieben, unter seinem Vorwand der Presse Erläuterungen zu geben, weil wir bekannt die Presse sich amüsiert, alsbald aus jeder Kleinigkeit eine Frage von grösster Wichtigkeit zu machen. Bei uns ist alles ruhig, aber bei Ihnen in Russland und in Österreich ist schon der Lärm losgegangen. Sie und Russland schieben uns jeden Landstreicher zu, wir haben begonnen etwas auszufegen und werden schon verdammt. Dieben, Spitzbüben, Deserteure, politisch verzweifelte Leute, wohin ziehen sie sich von Ench und aus Österreich, wenn sie Polen oder Juden sind? Zu uns nach Preußen, dorthin, wo es Polen und Juden gibt, nach den östlichen Provinzen. Sie bezahlen keinen Groschen, weder Euch noch uns, von Pässen und Legitimationen wissen sie nichts. So ist eine ganze internationale Bevölkerung zusammengelaufen, von Euch, Österreich, Italiener, sogar Amerikaner... Es geht einer nach Amerika, verschafft sich dort einen Pass und dann ist er Fremder, steht unter dem Sign von Konsul und Gesandtschaft! Selbst Türken kommen schon viel vor. Von was einer lebt, das ist überflüssig zu fragen, da er unserer Klassensteuer nicht unterliegt. Eine gesellschaftliche, eine städtische oder dörfliche Kontrolle über ihn giebt es nicht — er ist ein Guest, ein Fremder... Gott sei Dank, daß Herr von Puttkamer endlich kräftig eingegriffen, für Euch Alle ein heiliges Erempel.“

Da ich von dem verehrten Rath weder nichts erfuhr als diese Erträge, so fuhr ich auf die russische Botschaft und trat in Unterhaltung mit dem ersten Beamten derselben, mit Baron Budberg. Derselbe bestätigte mir vollständig die Auflösung, die unlängst in der "Moskauer Ztg." gestanden hatte. Die Deutschen, sagte er, handeln ganz nach der Konvention, die zwischen Russland und Preußen im Jahre 1872 abgeschlossen worden ist. Nach dieser Konvention können sie jeden in den russischen Grenzprovinzen Geborenen ausweisen, im Briefwechsel mit der Verwaltung der Provinzen, ohne Einmischung der Diplomaten.

Sie geben über die geltenden Passbestimmungen nicht hinaus, nur Leute werden ausgewiesen, die keinen Anspruch auf Gastfreundschaft haben. Der Beweis davon ist folgender: Bis zu dieser Stunde hat keiner der Ausgewiesenen die Vermittelung der russischen Botschaft angerufen, diese ganze Gesellschaft, da sie keineswegs freundliche Beziehungen zu ihrem Vaterland hat. Auch wollen diese Leute nach ihrem Geburtsort nicht zurückkehren, sie wollen nach Galizien, bisweilen nach London, nach Amerika. Wenn unter diesen Herren vielleicht ein, um so zu sagen, gesetzlicher

Mann sich finden sollte, so hat er bei uns sich noch nicht beschwert. Es verhält sich immer so: sobald die Deutschen einem gesetzlich russischen Unterthanen zu nahe treten, alsbald ist die Klage bei uns da. Wir erhalten nicht wenige Klagen, aber von jener Seite kommt keine einzige.

Aber weshalb, Baron, hat sich denn ein solcher Lärm erhoben?

Die Mehrzahl der Ausgewiesenen sind Juden, wenn nicht alle Juden sind — und diese haben die liberale Presse in Händen — sie blähen auf, lärmten, fürchten wie es scheint Repressalien.

Wie viele, Baron, sind denn bis auf den heutigen Tag im Ganzen ausgewiesen?

Das ist uns bis heute noch nicht bekannt und selbst das Ministerium weiß es nicht. Man weiß nicht blos russische Unterthanen aus, und nicht blos aus Ostpreußen, auch aus Schlesien und im Allgemeinen aus den Grenzgegenden, Österreich, Italien, aus allen Nationen. Wir machen jüngst eine Anfrage über die Zahl unserer ausgewiesenen Unterthanen und das preußische Ministerium versprach uns, in Monatsfrist die vollständige Liste zu schicken...

Von der Botschaft begab ich mich zu Herrn v. Kumanin, dem Agenten unseres Finanzministeriums, der seit zwanzig Jahren in Berlin lebt, der die Kaufleute und den Handel Preußens wie seine fünf Finger kennt. Wenn — so dachte ich — die Deutschen mit Ausweisungen gegen Geschäftleute, Handwerker, Kaufleute vorgehen, so ist es unmöglich, daß Herr v. Kumanin nicht von der Sache gehört haben sollte und daß man sich nicht an ihn um Hülfe und Rath mit Klagen oder Forderungen gewendet hätte. Zweimal rietete ich an Herrn v. Kumanin eine darauf bezügliche Frage und zweimal erhielt ich die kategorische Antwort:

Nie und nimmer habe ich eine solche Klage vorgelegt bekommen.

Es blieb mir noch übrig, einen letzten Besuch zu machen bei einem sehr großen Berliner Bankier, der zehn Jahre in Russland gewohnt hat und sich bis zu dieser Stunde von dem Samowar noch nicht getrennt hat. Ich trank mit grossem Begeisterung russischen Thee auf deutschem Boden, fragte den alten Herrn aus und erhielt von ihm folgende Antwort:

Das sind Alles Dummheiten, ich verschreibe Sie: ich kenne die ganze Sache, kenne sie sehr genau. Bei mir verkehren während des Reichstages zwanzig bis dreißig Abgeordnete. Alles jüdische Anstiftungen. Die preußischen Juden wünschten, daß die russischen, italienischen und österreichischen Juden ausgewiesen werden. Die Italiener aber, die gegen Bismarck wüteten, um ihm am Zeug zu sticken, verbreiten, daß er gegen das polnische Element vorgeht, daraus ist der ganze Lärm erwachsen. Spitzbüben treibt man aus, Leute, die das Volk betrügen, die von keinem Vaterland wissen. Jetzt heißt es: Wo ist dein Vater? Hast du keinen? So mache daß du weiter kommst, mein Lieber. Wenn Ihr grade so verfahren und Österreich, Italien, Frankreich gerade so, so würde es weniger Spitzbüben geben.

Soweit Herr Wolschenow, der jedenfalls im Stande ist, seine Mitteilungen zu vertreten. — Wir erhalten folgende Depesche: Nach Meldung des "Kuryer Poznansky" sind aus Kreis Noworadz, Provinz Posen, 700 russische Unterthanen ausgewiesen.

Den Briefen eines auf S. M. S. "Bismarck" dienenden jungen Darmstädters an seine Angehörigen entnehmen die "H. N." nachstehende Mitteilungen:

Rhede Kamerun, 2. Juli 1885.

Der vereits am 25. v. Mts. hier erwartete Gouverneur ist immer noch nicht eingetroffen und so wird unsere so lang ersehnte Abreise von Tag zu Tag verschoben, ohne daß endlich ein bestimmter Termin für dieselbe festgesetzt wird. Allzulange darf jedoch unser Aufenthalt hier nicht mehr dauern, da unsere Proviantvorräthe zu Ende gehen und eine Ergänzung derselben, wenn uns nicht von Hause Proviant nachgeschickt wird, nur in Kapstadt stattfinden kann.

Nach hier eingegangenen Privatnachrichten sollen in Zanzibar Verwicklungen zwischen der deutschen Regierung und dem Sultan entstanden sein, zu deren Lösung einige Kriegsschiffe hingeschickt

worden seien; sollte dies der Fall sein, so könnte "Bismarck" möglicher Weise auch dort noch aufräumen helfen müssen. Doch dies wird uns ja bei unserer Ankunft in Kapstadt sofort mitgetheilt werden, damit wir endlich zu wissen bekommen, wie lange und wohin sich unsere Reise noch erstrecken wird.

S. M. S. "Bismarck" hat die Ehe, die ersten Deutschafrikander als kaiserliche Soldaten eingestellt zu haben; am 1. Juli nämlich haben wir 4 in Kamerun gebürtige Neger als 4jährige freiwillige Matrosen eingestellt und sofort eingekleidet. Die Leute sind schüngewachsene, schwante Exemplare ihrer Rasse und werden wie jedenfalls in Deutschland damit Staat machen können. Bis her hatten die hier stationirten Kriegsschiffe ja auch wohl Schwarze an Bord, jedoch waren dieselben nur für den Aufenthalt an der afrikanischen Küste gehalten und wurden beim Weggehen der Schiffe wieder entlassen. Diese von den Schiffen zeitweise angekommenen Neger sind die an der ganzen west-afrikanischen Küste anzutreffenden Schwarzen, eine verachtete Menschenklasse der Schwarzen, und zwar deshalb verachtet, weil sie arbeiten und sich mit ihrer Hände Arbeit ihr Brod verdienen. Der freie Neger, welcher von Natur ein Haunzer ist, steht auf diese Leute mit Verachtung herab, denn für ihn ist Arbeit sozusagen eins Schande, dafür hat er seine Frauen und Söhnen, so ist es wenigstens im Kamerungebiete. Um so mehr ist es zu verwundern, daß hier freie Kommandoneger als Freiwillige bei uns eintreten und mag da wohl hauptsächlich das durch human Behandlung erworbene große Vertrauen, das der Deutsche hier von Seiten der Eingeborenen entgegengebracht wird, viel mit dazu beigetragen haben.

Rhede Kamerun, 3. Juli 1885.

Heute Morgen ist endlich der Gouverneur Freiherr von Soden auf dem Hamburger Dampfer "Karl Börmann" hierelbst eingetroffen, jedoch ohne Aufenthalt süfaufwärts; auch Kamerun gefahren, woselbst sich Admiral Knorr zur Zeit gerade befußt Abhaltung eines Palavers mit King Bell u. s. w. aufhielt. Gegen Mittag kam der Admiral von Kamerun zurück und ordnete gleich das Seelarmachen. S. M. S. "Bismarck" für die Reise nach Kapstadt an.

Morgen ist die Übergabe der Geschäfte der hiesigen Station und Einführung des neuen Gouverneurs, Sonntag (übermorgen) eine kleine Abschiedsfeier und Montag, Vormittags um 7 Uhr, werden die Anker gelichtet und nach Süden gedämpft. Augenblick wird die Fahrt gerade nicht werden, denn um die jetzige Zeit wehen längs der westafrikanischen Küste vom Kap der guten Hoffnung in nördlicher Richtung ununterbrochen starke Winde, außerdem steht uns noch die Meeresströmung entgegen, so daß unsre Reise nach dem Kap wohl einige Tonnen Kohlen kosten wird.

Unangenehm wird jedenfalls auch der Klimawechsel werden, denn jetzt ist es in Kapstadt sehr kalt im Vergleich zu der hiesigen Gegend, wo man im Schatten häufig über 30 Grad, in der Sonne über 45 Grad hat.

Aus den Mittheilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg veröffentlicht L. Friederichsen eingehende Angaben über den Umfang des unter die Verwaltung der Neu-Guinea Compagnie gestellten deutschen Schutzgebietes im westlichen Theile der Südsee. Hierauf beträgt das gesamte unter den Schutz des deutschen Reiches gestellte Gebiet im Kaiser Wilhelms Land und im Bismarck-Archipel 231,427,48 Quadratkilometer oder 4203,13 deutsche Quadratmeilen. Davon entfallen auf das Kaiser Wilhelms-Land 179,250 Quadratkilometer und auf die Inseln des Bismarck-Archipels 52,177,48 Quadratkilometer. Die Inseln des lebigenen Archipels, welche sich unter deutscher Schuhherrschaft befinden, sind 38 größere Inseln oder Inselgruppen. Interessant ist ferner eine Vergleichung des Umfangs dieser deutschen Schutzgebiete mit demjenigen der unter englischem und holländischen Protektorat stehenden Länderstreifen im westlichen Theile der Südsee. Unter englischem Schutz befinden sich auf dem Festlande von Neu-Guinea inkl. der vor dem Tigris-Flusse liegenden Inseln 225,463 Quadratkilometer, auf den im Südosten liegenden Inseln 7575 Quadratkilometer, zusammen somit 233,038 Quadratkilometer, während unter holländisch

